



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

### Rede zur 2. Lesung des Haushalts 2021: Einzelplan Arbeit und Soziales

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen  
@landtag.nrw.de

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Düsseldorf, 25.11.2020

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben auch den Arbeitsmarkt und die sozialen Infrastrukturen in unserem Land erheblich belastet. Das Land hat hier schnelle und unbürokratische Hilfen auf den Weg gebracht. Wir haben nicht nur das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz mit dem Ausführungsgesetz des Landes umgehend umgesetzt, sondern wir haben auch zusätzliche Unterstützung gewährt wie zum Beispiel die Liquiditätshilfen für Inklusionsbetriebe in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse von bis zu 75.000 Euro, wie die 500.000 Euro Soforthilfe für die freien Träger der Wohnungslosenhilfe, wie das Notfallpaket in Höhe von 900.000 Euro für die rund 170 Tafeln in Nordrhein-Westfalen sowie zusätzlich 260.000 Euro für kleinere Initiativen, die Lebensmittel verteilen, aber nicht dem Landesverband der Tafeln angehören. Dies zeigt, dass wir auch in der aktuellen Krise die schwächeren Mitbürgerinnen und Mitbürger immer im Blick behalten.

Arbeit ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Und eine abgeschlossene Berufsausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Deshalb steht bei der Arbeits- und Sozialpolitik der NRW-Koalition von FDP und CDU der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf im Mittelpunkt.

Wir haben nach dem Rückzug des Bundes die wichtige Arbeit der Berufseinstiegsbegleitung zunächst aus ESF-Mitteln des Landes gesichert. Mit dem Haushalt 2021 steigen wir in eine dauerhafte Förderung des Landes ein. Dafür sind im kommenden Jahr 9,2 Millionen Euro vorgesehen, die in den Folgejahren weiter aufwachsen sollen. Mit der Fortführung und Ausweitung dieses bewährten Instruments unterstützen wir Schülerinnen und Schüler mit

schlechteren Startchancen beim Übergang in eine Ausbildung. Zudem setzen wir das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ mit der Förderung von Maßnahmen zur Berufsorientierung in Höhe von 14 Millionen Euro fort.

In diesem Sommer sind die ersten Projekte der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ angelaufen, für die wir 50 Millionen Euro über mehrere Jahre zur Verfügung gestellt haben. Damit wollen wir Lücken bei Sprachförderung und Qualifizierung ausfüllen und so geflüchtete junge Erwachsene auf ihrem Weg in Ausbildung und Arbeit unterstützen. Dies zeigt, wie Integrations- und Arbeitsmarktpolitik Hand in Hand gehen.

Bei der Neuausrichtung der Landesförderung in den ESF-Programmen haben wir einen Schwerpunkt auf unser Ausbildungsprogramm für Jugendliche mit mehreren Vermittlungshemmnissen gelegt. Seit Herbst 2018 fördern wir jährlich bis zu 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in Regionen mit ungünstiger Bewerber-Stellen-Relation.

Zur Neuausrichtung bei den ESF-Programmen zählen auch die Beratungsstellen Arbeit für Menschen, die von Arbeitslosigkeit oder Arbeitsausbeutung betroffen sind. Wir führen mit diesen Stellen die Förderung der bisherigen Erwerbslosenberatung fort, wir weiten aber das Spektrum der Beratungsarbeit aus und schaffen erstmals ein flächendeckendes Angebot. Bei den bisher als förderfähig ausgewählten Partnern waren 49 bereits als Erwerbslosenberatungsstelle aktiv, auch 18 bisherige Arbeitslosenzentren werden eingebunden. Dies zeigt, dass viele bewährte Träger ihr Angebot fortführen, weiterentwickeln sowie ihre wertvollen Erfahrungen einbringen können. Die Befürchtungen der Opposition entsprechen jedenfalls nicht der Realität.

Wir setzen auch die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit fort. Gerade die so genannten „Kümmerer-Projekte“ haben sich als Erfolgsmodell erwiesen. Insgesamt stehen in diesem Bereich mehr als sieben Millionen Euro zur Verfügung. So können wir auch gezielte Angebote für wohnungslose Jugendliche und Frauen oder zur aufsuchenden Suchtberatung ausbauen. Das ist konkrete Sozialpolitik, die den betroffenen Menschen hilft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!